

# **Pressemappe des „Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung“ zur Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen „Vorratsdatenspeicherung“**



Am 2. März 2010 verkündet das Bundesverfassungsgericht sein Urteil über die Verfassungsbeschwerden von fast 35.000 Menschen gegen die anlasslose und verdachtsunabhängige „Vorratsdatenspeicherung“ von Telekommunikationsdaten. In dieser Mappe stellen wir Ihnen Hintergrundinformationen über die Vorratsdatenspeicherung und die Verfassungsbeschwerden zur Verfügung.

# Inhaltsverzeichnis

Informationen zur Urteilsverkündung am 2. März 2010.....	3
Ansprechpartner/innen für Presseanfragen.....	3
Vorstellung einiger Beschwerdeführer.....	4
5-Minuten-Information: Vorratsdatenspeicherung.....	5
Wo liegt das Problem?.....	5
Stand der Dinge.....	5
Pro und Contra Vorratsdatenspeicherung.....	6
„Verbindungsdaten sind zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität unverzichtbar.“.....	6
„Wenn auch nur ein schweres Verbrechen verhindert werden kann, rechtfertigt dies schon die gesamte Datensammlung.“.....	7
„Kommunikationsinhalte werden nicht gespeichert.“.....	8
„Verbindungsdaten wurden schon immer gespeichert; sie sollen künftig nur länger aufbewahrt werden.“.....	8
„Der Zugriff auf die gespeicherten Daten ist nur unter engen Voraussetzungen (z.B. richterliche Anordnung) zulässig.“.....	9
„Deutschland ist verpflichtet, die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung umzusetzen.“.....	10
„Die Richtlinie war als Kompromiss nötig, um weiter gehende Speicherpflichten zu verhindern.“.....	10
„Deutschland setzt die EU-Richtlinie nur mit den Mindestanforderungen um.“.....	10
„Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung ist verfassungskonform.“.....	11
„Vertrauensberufe wie Strafverteidiger, Seelsorger und Bundestagsabgeordnete sind von dem Gesetz ausgenommen.“.....	12
„Die Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts führt zu einem angemessenen Kompromiss.“.....	12
„Nach dem Koalitionsvertrag von Union und FDP wird die Vorratsdatenspeicherung ausgesetzt.“.....	13
Ausgewählte Pressemitteilungen des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung.....	14
31.12.2007: Verfassungsbeschwerde und Eilantrag gegen Vorratsdatenspeicherung eingereicht.....	14
29.02.2008: Historische Sammel-Verfassungsbeschwerde gegen Vorratsdatenspeicherung eingereicht.....	15
04.06.2008: Forsa-Umfrage: Vorratsdatenspeicherung verhindert sensible Gespräche.....	15
03.09.2008: Vorratsdatenspeicherung: Nützlichkeit ist nicht gleich Sicherheit.....	16
16.03.2009: Verwaltungsgericht: Vorratsdatenspeicherung ist „ungültig“.....	18
27.11.2009: Erstes Verfassungsgericht erklärt Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig.....	18
14.12.2009: Bürgerrechtler informieren über Gerichtsverhandlung zur Vorratsdatenspeicherung.....	19
15.12.2009: Gemeinsame Presseerklärung der Beschwerdeführer zur mündlichen Verhandlung vor dem BVerfG.....	20
Über den Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung.....	21
Unsere Forderungen.....	21
Internet-Homepage.....	22
Fotos.....	22
Ansprechpartner/innen für Presseanfragen.....	22

## Informationen zur Urteilsverkündung am 2. März 2010

Ab 8.45 Uhr wird vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Aktion "Datenberge verfrühstücken" stattfinden. Meinhard Starostik, Prozessbevollmächtigter der Beschwerdeführer/innen um den Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, sowie padeluun vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung werden dort ein Pressestatement abgeben.

### Ansprechpartner/innen für Presseanfragen

Per E-Mail: [presse@vorratsdatenspeicherung.de](mailto:presse@vorratsdatenspeicherung.de)

Webseite: [www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)

Am 02.03.2010 sind telefonisch die folgenden Ansprechpartner/innen zu erreichen. Die Ansprechpartner vor Ort stehen auch für Interviews zur Verfügung:

- Frau Suat Kasem (ist vor Ort in Karlsruhe), Mobil: 0176 / 62 03 84 56
- Herr Florian Altherr (ist vor Ort in Karlsruhe), Mobil: 0179 / 97 63 233
- Herr Werner Hülsmann (ist vor Ort in Karlsruhe), Mobil: 0177 / 28 28 681
- Herr padeluun (ist vor Ort in Karlsruhe), Mobil: 0151 / 59 90 59 89
- Frau Sandra Mamitzsch, Ingolstadt, Mobil: 0160 / 60 07 990
- Herr Kai-Uwe Steffens, Hamburg, Mobil: 0160 / 94 84 79 38
- Herr Florian Glatzner, Bielefeld, Tel. 0521 / 17 52 54
- Herr Jonas Breyer, Frankfurt am Main, Mobil: 0176 / 65 19 45 08
- Frau Rena Tangens, Bielefeld, Tel. 0521 / 17 52 54
- Herr Markus Beckedahl, Berlin, Mobil: 0177 / 75 03 541
- Herr Ralf Bendrath (steht auf der CeBIT Hannover zur Verfügung): 0179 / 21 54 614
- Herr Patrick Breyer (ab 16 Uhr): 01578 / 23 86 172

# Vorstellung einiger Beschwerdeführer

Gegen die Vorratsdatenspeicherung klagen insgesamt fast 35.000 Menschen. Wir stellen Ihnen 7 Beschwerdeführer vor:

**Patrick Breyer** ist Jurist und Datenschützer. Er ist im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung aktiv und einer der **Beschwerdeführer**/innen in der ersten Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (Az. 1 BvR 256/08) teil.

**Dr. Rolf Gössner** ist Rechtsanwalt, Stellvertretender Richter am Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen und Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte. Er ist einer der **Beschwerdeführer**/innen in der ersten Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (Az. 1 BvR 256/08) teil.

**Prof. Dr. Christoph Gusy** ist Professor für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte an der Universität Bielefeld. Er ist einer der **Beschwerdeführer**/innen in der ersten Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (Az. 1 BvR 256/08) teil.

**Heinz Raschdorf** ist Steuerberater und vereidigter Buchprüfer. Er ist Vorstandsmitglied der Steuerberaterkammer Stuttgart, Vorsitzender des Bundesverbandes der Rating-Analysten und Vorstandsvorsitzender des Abschlussprüferverbandes. Er ist einer der **Beschwerdeführer** in der ersten Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (Az. 1 BvR 256/08) teil.

**Claudia Roth** ist Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist eine der **Beschwerdeführer**/innen in der vom Arbeitskreis

Vorratsdatenspeicherung initiierten Sammel-Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (Az. 1 BvR 508/08) teil. Außerdem hat sie mit über 40 Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen Organklage (Az. 2 BvE 1/08) gegen die Vorratsdatenspeicherung erhoben.

**Meinhard Starostik** ist Rechtsanwalt und vereidigter Buchprüfer in Berlin. Er vertritt die acht Erstbeschwerdeführer in der ersten Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (Az. 1 BvR 256/08) und die 34.931 weiteren Beschwerdeführer in der vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung initiierten Sammel-Verfassungsbeschwerde (Az. 1 BvR 508/08).

**Albrecht Ude** ist Journalist und Mitglied im Netzwerk Recherche, einem Verein zur Förderung von journalistischer Qualität in der Medienberichterstattung. Er ist einer der **Beschwerdeführer** in der ersten Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (Az. 1 BvR 256/08) teil.

**Rolf Wendolsky** ist Geschäftsführer der JonDos GmbH, die den Zugang zur Nutzung des Anonymisierungsdienstes JonDonym vermittelt. Das Unternehmen ist **Beschwerdeführer** in der ersten Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (Az. 1 BvR 256/08).

## 5-Minuten-Information: Vorratsdatenspeicherung

Nach einem Gesetz, das CDU-, CSU- und SPD-Bundestagsabgeordnete am 9. November 2007 gegen die Stimmen von FDP, Grüne und Linke beschlossen haben, ist seit 2008 nachvollziehbar, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden oder das Internet genutzt hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS wird auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten. Entgeltliche Anonymisierungsdienste sind verboten.

Mit Hilfe der über die gesamte Bevölkerung gespeicherten Daten können Bewegungsprofile erstellt, geschäftliche Kontakte rekonstruiert und Freundschaftsbeziehungen identifiziert werden. Auch Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation, auf persönliche Interessen und die Lebenssituation der Kommunizierenden werden möglich. Zugriff auf die Daten haben Polizei, Staatsanwaltschaft und ausländische Staaten, die sich davon eine verbesserte Strafverfolgung versprechen.

Bis 2007 durften Telekommunikationsanbieter nur die zur Abrechnung erforderlichen Verbindungsdaten speichern. Dazu gehörten Standortdaten, Internetkennungen und Email-Verbindungsdaten nicht. Der Kunde konnte verlangen, dass Abrechnungsdaten mit Rechnungsversand gelöscht werden. Durch die Benutzung von Pauschaltarifen konnte eine Speicherung zudem gänzlich vermieden werden, was etwa für Journalisten und Beratungsstellen wichtig sein kann. All diese Mechanismen zum Schutz sensibler Kontakte und Aktivitäten beseitigt die Vorratsdatenspeicherung.

### Wo liegt das Problem?

Die Aufzeichnung von Informationen über die Kommunikation, Bewegung und Mediennutzung jedes Bürgers stellt die bislang größte Gefahr für unser Recht auf ein selbstbestimmtes und privates Leben dar.

Unter der Vorratsdatenspeicherung leiden wir alle:

- Die Vorratsdatenspeicherung greift unverhältnismäßig in die persönliche Privatsphäre ein.
- Die Vorratsdatenspeicherung beeinträchtigt berufliche Aktivitäten (z.B. in den Bereichen Medizin, Recht, Kirche, Journalismus) ebenso wie politische und unternehmerische Aktivitäten, die Vertraulichkeit voraussetzen. Dadurch schadet sie letztlich unserer freiheitlichen Gesellschaft insgesamt.
- Die Vorratsdatenspeicherung verhindert Terrorismus oder Kriminalität nicht. Sie ist unnötig und kann von Kriminellen leicht umgangen werden.
- Die Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen das Menschenrecht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung.
- Die Vorratsdatenspeicherung ist teuer und belastet Wirtschaft und Verbraucher.
- Die Vorratsdatenspeicherung diskriminiert Nutzer von Telefon, Mobiltelefon und Internet gegenüber anderen Kommunikationsformen.

### Stand der Dinge

Das von CDU/CSU und SPD beschlossene Gesetz zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland ist seit 1. Januar 2008 in Kraft. Am 31. Dezember 2007 haben wir Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht hat die Herausgabe von Vorratsdaten im März und Oktober 2008 durch einstweilige Anordnungen eingeschränkt. Am 15. Dezember 2009 fand die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe statt. Über die Zulässigkeit der Vorratsdatenspeicherung und über den Antrag, das Verfahren dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen, entscheidet das Gericht am heutigen 2. März 2010.

# Pro und Contra Vorratsdatenspeicherung

Argumente der Befürworter einer Vorratsdatenspeicherung kritisch beleuchtet:

## „Verbindungsdaten sind zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität unverzichtbar.“

**Falsch.** Zur Kriminalitätsbekämpfung sind auch ohne eine Totalprotokollierung jeder Benutzung von Telefon, Handy, E-Mail und Internet **genügend Verbindungsdaten verfügbar**:

- Zu Abrechnungszwecken wurden bestimmte Verbindungsdaten ohnehin gespeichert, in Deutschland bis zu sechs Monate lang.
- Darüber hinaus können die Sicherheitsbehörden bei Bedarf eine richterliche Anordnung beantragen, derzufolge die Verbindungsdaten bestimmter Verdächtiger aufzuzeichnen sind.
- Die terroristischen Anschläge in Madrid im Jahr 2004 konnten mit Hilfe von Verbindungsdaten aufgeklärt werden, die ohnehin verfügbar waren. Eine Vorratsdatenspeicherung war nicht erforderlich.
- Bis zum Beschluss der Vorratsspeicherungs-Richtlinie im Jahr 2006 gab es weltweit nur wenige Länder mit Vorratsspeicherungspflichten. In keinem Land gab es eine so umfassende Protokollierung wie in der EU-Richtlinie vorgesehen. Die weltweiten Sicherheitsbehörden sind stets ohne eine Totalprotokollierung der Telekommunikation ausgekommen.

Das Bundeskriminalamt nennt in einer Untersuchung<sup>1</sup> 381 Fälle, in denen den Ermittlungsbehörden Verbindungsdaten fehlten – gemessen an den 6 Mio. pro Jahr begangenen Straftaten eine verschwindend geringe Zahl von 0,01%. Bei diesen Fällen ging es nur um die Aufklärung bereits begangener Taten, nicht um die Verhinderung von Straftaten. Überdies wiesen von diesen 381 Taten nur zwei Bezüge zu Terrorismus auf, obwohl die Bekämpfung des Terrorismus immer wieder als Grund für die Vorratsdatenspeicherung vorgeschoben wird. Laut Bundeskriminalamt fehlen Verbindungsdaten im Wesentlichen nicht bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, sondern bei der Verfolgung des Austauschs

von Kinderpornografie im Internet sowie bei Ermittlungen wegen Betrugsdelikten. Bei diesen Straftaten wird allerdings bereits ohne Vorratsdatenspeicherung die höchste Aufklärungsquote aller Straftaten erreicht. Außerdem ist bei Betrugsdelikten Prävention sehr viel wirkungsvoller als Strafverfolgung. Eine Sensibilisierung der Internetnutzer kann etwa verhindern, dass sie leichtgläubig auf Identitätsdiebstahl („Phishing-Mails“) hereinfallen und Schaden erleiden.

Eine Vorratsdatenspeicherung ist **gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität wirkungslos**:

- Ernsthaftes Kriminelle bleiben unentdeckt, weil sie Umgehungsstrategien einsetzen (z.B. wechselnde Benutzung unregistrierter Prepaid-Handykarten) oder auf andere Kommunikationskanäle ausweichen (z.B. Post, persönliche Treffen).
- Der Präsident des Europäischen Verbands der Polizei Heinz Kiefer warnte 2005: "Für Kriminelle bliebe es einfach, mit relativ simplen technischen Mitteln eine Entdeckung zu verhindern, z.B. durch den Einsatz und häufigen Wechsel im Ausland gekaufter, vorausbezahlter Mobiltelefonkarten. Das Ergebnis wäre ein enormer Aufwand mit wenig mehr Wirkung auf Kriminelle und Terroristen, als sie etwas zu verärgern."
- Klaus Jansen, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, klagt bereits heute: "Da es sich herumgesprochen hat, dass Telefongespräche relativ leicht abgehört werden können, reden die Verdächtigen nur noch selten offen am Telefon". Wenn eine Vorratsdatenspeicherung eingeführt wird, richten sich Kriminelle auch darauf schnell ein.

Auch sonst verhindert eine Vorratsdatenspeicherung keine Kriminalität. Irland, das 2002 eine dreijährige Vorratsdatenspeicherung eingeführt hat, hat **keinen Rückgang der Kriminalität** vermelden können.

Wirklich nützlich für die Arbeit der Sicherheitsbehörden wären **andere Maßnahmen**, etwa verbesserte Zugriffsmöglichkeiten auf ausländische Verbindungsdaten. Sicherheitsbehörden klagen, dass Auskünfte über Verbindungsdaten aus anderen EU-Staaten nur sehr langsam, aus Nicht-EU-Staaten überhaupt nicht zu erlangen sind. Dies beeinträchtigt ihre Arbeit viel stärker als das Fehlen von

<sup>1</sup> [http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/bka\\_vorratsdatenspeicherung.pdf](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/bka_vorratsdatenspeicherung.pdf)

Verbindungsdaten im Inland. Etwa 80% der Ermittlungen im Bereich Terrorismus und organisierte Kriminalität weisen internationale Bezüge auf.

## „Wenn auch nur ein schweres Verbrechen verhindert werden kann, rechtfertigt dies schon die gesamte Datensammlung.“

**Falsch.** Eine freie und offene Kommunikation ist für unsere Gesellschaft wichtiger als der Versuch, möglichst jede Straftat zu verhindern.

Zunächst einmal wird es kaum jemals vorkommen, dass mithilfe von Verbindungsdaten eine Straftat verhindert werden kann; höchstens können bereits begangene Straftaten aufgeklärt werden.

Selbst, wenn im Ausnahmefall einmal die Verhinderung einer Straftat gelingen könnte, rechtfertigt dies nicht die Aufzeichnung der Kommunikation der gesamten Bevölkerung. Würde die Verhinderung eines Verbrechens jegliche Maßnahme rechtfertigen, müssten wir die Grundrechte aufgeben, auch das Folterverbot und den Schutz der Menschenwürde. All diese **Menschen- und Bürgerrechte** können der Verbrechensbekämpfung nämlich im Einzelfall im Weg stehen. Insgesamt dienen die Grundrechte aber der Erhaltung einer freien Gesellschaft und einer lebendigen Demokratie, letztlich also dem Wohl der gesamten Bevölkerung. Diese Werte sind für uns wichtiger als der Versuch, möglichst jede Straftat zu verhindern.

Wer jede Straftat verhindern will, müsste konsequenterweise auch für ein Verbot des Straßenverkehrs, des Rauchens und des Alkoholkonsums eintreten. All diese Maßnahmen könnten die **Anzahl von Todesfällen** erheblich senken. Wer dagegen eine „Bevormundung“ der Bürger ablehnt und deswegen Verkehrstopfer und Krebstote in Kauf nimmt, kann nicht glaubwürdig jedes einzelne „Verbrechen“ verhindern wollen.

### Falsche Prioritätensetzung

Wer ständig mehr Sicherheit fordert, lenkt von den Versäumnissen und der **falschen Prioritätensetzung der Politik** ab. Während die Politik versucht, durch eine lückenlose Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung möglichst auch noch den letzten Straftäter zu bestrafen, nimmt sie bewusst in Kauf, dass tausende von Menschen jedes Jahr an den Folgen z.B. von Tabak, Alkohol und Verkehrsunfällen sterben. Zugunsten des Profits einzelner Wirtschaftszweige (Tabakindustrie, Brauereien, Autoindustrie) bleibt die Politik untätig, wo sie Krankheit und Tod unzähliger Menschen leicht verhindern könnte und müsste. Auch bei der Bekämpfung von Armut – eine der

wichtigsten Sorgen der Menschen – hat die herrschende Politik in den letzten Jahren beständig versagt, wie die Statistiken zeigen.

Die Auswirkungen von Kriminalität sind im Vergleich zu diesen Problemen ungleich geringer:

- Eurostat zufolge **sterben weniger als 0,002%** der Europäer jährlich als Opfer einer Straftat, terroristische Anschläge eingeschlossen.
- Der Weltgesundheitsorganisation zufolge beruht der Verlust gesunder Lebenszeit für Westeuropäer zu 92% auf Krankheiten, zu 2% auf Verkehrsunfällen, zu 1% auf Stürzen, zu 1,7% auf Suizid und **nur zu 0,2% auf Gewalt und Straftaten**. Die großen Gesundheitsrisiken sind andere als Kriminalität: Bluthochdruck, Tabak, Alkohol, Cholesterin, Übergewicht, Fehlernährung und Bewegungsmangel sind die Hauptrisikofaktoren. Auch dass uns Lebensrisiken wie Armut, Arbeitslosigkeit oder Naturkatastrophen treffen, ist weitaus wahrscheinlicher als das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden.
- Würde man z.B. den Tabakkonsum nur um 2% reduzieren, dann würde man der Gesundheit der Bevölkerung einen größeren Dienst erweisen als durch die Verhinderung sämtlicher Gewalttaten einschließlich Terrorismus.

Wer ständig neue Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung fordert, verfehlt damit die **wirklichen Probleme** der Menschen, mit denen sie täglich zu kämpfen haben. Die Kriminalitätsrate hat schon immer in der gleichen Größenordnung wie heute gelegen, ohne unsere Gesellschaft dadurch ernsthaft zu gefährden.

### Nachteile

Wer die einzelne, schreckliche Straftat in den Mittelpunkt stellt, ignoriert, dass die **Nachteile einer Totalprotokollierung** deren Nutzen bei weitem überwiegen. Weil die Nachteile einer generellen Kommunikationsprotokollierung für unsere Gesellschaft deren Vorteile bei weitem überwiegen, ist eine Vorratsdatenspeicherung **unverhältnismäßig**. Selbst der Schutz vor Verbrechen rechtfertigt keine unverhältnismäßigen Maßnahmen.

- Eine Vorratsspeicherung schreckt **Informanten von Journalisten** davon ab, wichtige Informationen über Missstände per Telefon, Fax oder Internet weiterzugeben. Informanten müssten ständig damit rechnen, dass ihr Kontakt mithilfe von Verbindungsdaten aufgedeckt werden kann.
- Wer bei einem Anwalt, einem Arzt oder einer Beratungsstelle (z.B. Eheberatung, Suchtberatung, Telefonseelsorge) Rat sucht, muss beden-

ken, dass der Kontakt Rückschlüsse auf sein **persönliches Problem** (z.B. Ermittlungsverfahren, Krankheit, Ehekrise, Suchtproblem) zulassen kann und im Fall des Bekanntwerdens Nachteile drohen. Für Prominente, denen die Sensationspresse auf Schritt und Tritt nachspioniert, ist dies eine besondere Gefahr.

- Vertrauliche Verhandlungen in der Wirtschaft über Großaufträge oder Fusionen würden behindert, weil die Beteiligten mit **Wirtschaftsspionage** rechnen müssten. Konkurrenzunternehmen können auf Verbindungsdaten zugreifen, um Aufträge "wegzuschnappen" oder Zusammenschlüsse zu verhindern.
- **Politiker werden erpressbar**, weil ihre Kontakte zu umstrittenen Personen (z.B. Lobbyisten, Industrielle) nachvollziehbar werden.
- Die Arbeit von **politischen Aktivisten** (z.B. Globalisierungskritiker, Castorgegner) wird behindert, weil sie mit einer - auch nachträglichen - Aufdeckung ihrer Netzwerke durch den Verfassungsschutz rechnen müssten.

Insgesamt geht die **Unbefangenheit** weiter Teile der zwischenmenschlichen Kommunikation verloren, und zwar spätestens, sobald der erste Missbrauchsfall an das Licht der Öffentlichkeit gelangt. Abhörskandale hat es bereits in Griechenland und Italien gegeben. In den USA können Verbindungsdaten käuflich erworben werden. In Deutschland hat die Deutsche Telekom missbräuchlich 250.000 Telefonverbindungsdaten und Handy-Positionsdaten von Journalisten sowie von Arbeitnehmer-Aufsichtsräten und Managern des Unternehmens ausgewertet<sup>2</sup>, um undichte Stellen im Unternehmen zu ermitteln. Außerdem hat ein Mitarbeiter von T-Mobile die Daten von 17 Mio. Kunden – darunter geheimer Nummern und Privatadressen von bekannten Politikern, Ministern, Ex-Bundespräsidenten, Wirtschaftsführern, Milliardären und Glaubensvertretern – verkauft<sup>3</sup>, die nun in kriminellen Kreisen kursieren. Dass auch vorratsgespeicherte Kommunikationsdaten missbraucht werden, ist nur eine Frage der Zeit – und der Geldsumme, die z.B. einem Telekom-Mitarbeiter für eine Auskunft angeboten wird.

## „Kommunikationsinhalte werden nicht gespeichert.“

Das ist für sich genommen zwar richtig, aber **irreführend**. In vielen Fällen lässt sich der Kommunikationsinhalt nämlich anhand der Verbindungsdaten rekonstruieren.

2 [http://www.daten-speicherung.de/index.php/faelle-von-datenmissbrauch-und-irrtuemern/#Deutschland\\_3](http://www.daten-speicherung.de/index.php/faelle-von-datenmissbrauch-und-irrtuemern/#Deutschland_3)

3 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,581938,00.html>

Schon die Person des Gesprächspartners lässt oft **Rückschlüsse auf den Gesprächsinhalt** zu. Es liegt auf der Hand, weshalb jemand eine Ehe- oder Drogenberatungsstelle anruft, einen auf Geschlechtskrankheiten spezialisierten Arzt, einen Fachanwalt für Steuerstrafrecht oder eine Telefonsexnummer. Bei Politikern können Kontakte zu Lobbyisten oder zu Prostituierten von Interesse sein.

Bei der Nutzung des **Internet** werden die abgerufenen Inhalte, die Klicks und Suchwörter des Nutzers oft von dem Anbieter freiwillig mitprotokolliert ("Server-Logfiles"). Hier genügen schon die Verbindungsdaten des Internet-Zugangsanbieters (IP-Adresse), um die Kommunikationsinhalte minutiös nachvollziehen zu können.

Es besteht die Gefahr, dass die Vorratsdatenspeicherung in Zukunft auf Kommunikationsinhalte **ausgedehnt** wird. In Italien werden beispielsweise SMS bereits gespeichert. Mit dem Argument, dass die Daten zur Strafverfolgung benötigt werden, lässt sich in Zukunft durchaus auch eine Inhaltsspeicherung rechtfertigen.

## „Verbindungsdaten wurden schon immer gespeichert; sie sollen künftig nur länger aufbewahrt werden.“

Zur Verteidigung ihres Vorhabens sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries den Medien: „*Man muss sich zunächst mal klar machen, dass heute bereits die Daten der Telekommunikationsteilnehmer genau so gespeichert werden, nur zu Abrechnungszwecken, und dass auch dann, wenn ein richterlicher Beschluss vorliegt, auf diese Daten zugegriffen werden kann. Wir werden künftig die Speicherung aber nicht nur für 90 Tage haben, sondern für 180 Tage. Ansonsten ändert sich ja im Wesentlichen nichts.*“

Das ist **falsch**.

Bis 2007 durften Telekommunikationsanbieter nur die Verbindungsdaten speichern, von denen die **Rechnungshöhe** abhängt (§ 97 Absatz 3 Telekommunikationsgesetz<sup>4</sup>). Deswegen durften etwa eingehende Verbindungen, Handy-Standortdaten (Wer hat wo telefoniert?) und E-Mail-Verbindungsdaten (Wer hat wem eine E-Mail geschickt?) nicht gespeichert werden.

Auch die beim Internet-Surfen genutzte Kundenkennung (IP-Adresse) durften Anbieter bisher nicht speichern. Bei Pauschaltarifen ("Flatrates") durften keinerlei Verbindungsdaten gespeichert werden, weil dies nicht zur Abrechnung erforderlich ist.<sup>5</sup>

Auch in Bezug auf Abrechnungsdaten konnte der Kunde bisher deren **monatliche Löschung** mit Rechnungsversand verlangen. Der Kunde konnte auch verlangen, dass

4 [http://bundesrecht.juris.de/tkg\\_2004/\\_97.html](http://bundesrecht.juris.de/tkg_2004/_97.html)

5 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/80614>



Rufnummern von vornherein nur um drei Stellen verkürzt gespeichert werden. Machte der Kunde von diesen Rechten keinen Gebrauch, wurden die Daten meist 80 oder 90 Tage lang gespeichert und nicht sechs Monate lang wie mit der Vorratsdatenspeicherung.

Es wurden somit derzeit sehr viel weniger Verbindungsdaten gespeichert als mit der Vorratsdatenspeicherung. Außerdem ließ sich die Speicherung von Verbindungsdaten bisher insgesamt verhindern, was die Vorratsdatenspeicherung ändert. Nach Schätzungen führt die Vorratsdatenspeicherung zur Speicherung 100-mal so vieler Verkehrsdaten wie bisher. Es kann daher keine Rede davon sein, dass sich nichts Wesentliches ändere.

### „Der Zugriff auf die gespeicherten Daten ist nur unter engen Voraussetzungen (z.B. richterliche Anordnung) zulässig.“

**Falsch.** Verbindungs- und Standortdaten werden schon heute in **tausenden von Strafverfahren jährlich**<sup>6</sup> abgefragt, die Identität von Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzern (Bestandsdaten) wird sogar mehrere Millionen Mal jährlich abgefragt (**4,2 Mio. mal im Jahr 2008**<sup>7</sup> oder über 10.000mal am Tag). Die Vorratsdatenspeicherung hat die Zahl der Abfragen noch einmal sprunghaft ansteigen lassen. In Anbetracht dessen kann keine Rede davon sein, dass der Zugriff auf die gespeicherten Daten engen Voraussetzungen unterliege.

- In Deutschland sind Zugriffe auf vorratsgespeicherte Verbindungsdaten **bei jedem Verdacht** einer "erheblichen" oder einer "mittels Telekommunikation begangenen" Straftat gesetzlich zugelassen (§ 100g StPO), außerdem "zur Abwehr von erheblichen Gefahren" und "zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben" der Geheimdienste (§ 113b TKG n.F.).
- Zugriff erhalten zu diesem Zweck die Staatsanwaltschaft, die Polizei, die Nachrichtendienste (§ 113b TKG n.F.), aber auch **ausländische Staaten** wie die USA im Rahmen von Rechtshilfeübereinkommen (§ 59 IRG). Was mit den Daten im Ausland geschieht, ist nicht kontrollierbar.

- Nur bei Abfragen zur Verfolgung von Straftaten ist eine **richterliche Anordnung** erforderlich (§ 100g StPO), aber auch hier überprüft der Richter nur das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen. Sind diese gegeben, muss er den Zugriff genehmigen. **Nachrichtendienste** dürfen ohne richterliche Genehmigung Verbindungsdaten abfragen (§ 8a BVerfSchG, § 10 MAD-G, § 8 Abs. 3a BND-G). Auf Vorrat gespeicherte Verbindungsdaten dürfen aufgrund des jetzt beschlossenen Gesetzes noch nicht an Nachrichtendienste übermittelt werden. Es bedarf dazu eines weiteren Gesetzes.
- Zugriff auf die Identität von Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzern (Name, Anschrift, Geburtsdatum) bekommen nach § 113 TKG alle Behörden, die irgend ein Interesse daran haben könnten (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdienste, Zoll, Behörden zur Bekämpfung von Schwarzarbeit). Schon die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten (z.B. Falschparken) soll Zugriffe in einem **automatisierten Abrufverfahren** rechtfertigen (§ 112 TKG). In keinem dieser Fälle ist eine richterliche Anordnung erforderlich.
- Auch die **Film- und Musikindustrie** und andere "Rechteinhaber" dürfen Auskunft über die Identität von Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzern verlangen, etwa um die Benutzung von Tauschbörsen im Internet verfolgen zu können (§ 101 UrhG<sup>8</sup>). Hier ist zwar eine richterliche Anordnung erforderlich, aber der Richter überprüft nur das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen. Sind diese gegeben, muss er den Zugriff genehmigen. Auf Vorrat gespeicherte Verbindungsdaten dürfen zur Erteilung solcher Auskünfte immerhin nicht heran gezogen werden.

Eine Untersuchung<sup>9</sup> über das Abhören von Telefonen hat im Übrigen gezeigt, dass das Erfordernis eines „richterlichen Beschlusses“ **keine wirksame Kontrolle** gewährleistet: In sehr vielen Fällen wurde eine Blankoerlaubnis erteilt, ohne dass auch nur die eingereichten Schriftstücke näher begutachtet und bei Fehlen der rechtlichen Voraussetzungen Anträge abgelehnt wurden (<sup>10</sup>).

Der „richterliche Beschluss“ konnte auch nicht verhindern, dass die Anzahl von Telefonüberwachungen seit Jahren immer weiter ansteigt – aufgrund einer Verwässerung der Voraussetzungen für Überwachungsmaßnahmen, nicht etwa aufgrund eines entsprechend starken Anstiegs der Verbrechensanzahl. Dass nur die Einrichtung der

6 [http://www.bundesjustizamt.de/cln\\_101/nn\\_1635504/DE/Themen/Justizstatistik/Telekommunikations\\_C3\\_BCberwachung/downloads/\\_C3\\_9Cbersicht\\_20Vd\\_C3\\_BC\\_202008,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Übersicht%20Vd%C3%BC\\_202008.pdf](http://www.bundesjustizamt.de/cln_101/nn_1635504/DE/Themen/Justizstatistik/Telekommunikations_C3_BCberwachung/downloads/_C3_9Cbersicht_20Vd_C3_BC_202008,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Übersicht%20Vd%C3%BC_202008.pdf)

7 <http://www.bundesnetzagentur.de/media/archive/13212.pdf>

8 [http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/\\_101.html](http://www.gesetze-im-internet.de/urhg/_101.html)

9 <http://www.bmj.bund.de/files/-/136/Abschlussbericht.pdf>

10 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/33558>

Überwachung, nicht aber deren weitere Durchführung der richterlichen Kontrolle unterliegt, wird dabei ebenfalls immer wieder von Datenschützern bemängelt <sup>(11)</sup>.

Abgesehen davon zeigt die aktuelle Mautbrückendiskussion <sup>(12)</sup>, wie unsicher rechtlich geschützte Datensammlungen auf Dauer sind. Zugriffsbeschränkungen, die heute noch gesetzlich vorgesehen sind, können morgen schon **durch Gesetzesänderungen verwässert** oder aufgehoben werden. Dieser Mechanismus ist immer wieder zu beobachten. Beispielsweise war der Zugriff auf Bankkonten-Stammdaten ursprünglich nur zur Bekämpfung des Terrorismus eingeführt worden. Heute haben Finanzämter, Sozialämter und viele mehr Zugriff auf diese Daten.

All diese Aspekte sind Grund genug, an der dauerhaften Sicherheit der Daten vor **Missbrauch** sowie dem Zugriff nichtstaatlicher Stellen zu zweifeln. Das Aushebeln gesetzlicher Schutzmechanismen (z.B. Mautzweckbindung), Gummiparagraphen (sehr unscharfe Gesetze), menschliches Versagen (z.B. fehlerhafte richterliche Kontrolle) und die fortschreitende Auslagerung von Staatsaufgaben an die private Wirtschaft (Datenzugriff von „Rechteinhabern“) lassen kaum erwarten, dass gerade bei vorratsgespeicherten Daten mit besonderer Gewissenhaftigkeit vorgegangen wird.

### „Deutschland ist verpflichtet, die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung umzusetzen.“

**Falsch.** Die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung muss wegen schwerer und offensichtlicher Rechtsverstöße nicht umgesetzt werden.

Die EG-Richtlinie ist wegen der Verletzung zahlreicher Grundrechte rechtswidrig. Deutschland ist auch in der Zwischenzeit bis zur Entscheidung des Gerichtshofs darüber nicht zur Umsetzung verpflichtet. Dem Europäischen Gerichtshof zufolge ist eine Richtlinie von vornherein **„inexistent“**, wenn sie mit einem Fehler behaftet ist, dessen Schwere so offensichtlich ist, dass er von der Gemeinschaftsrechtsordnung nicht geduldet werden kann. Dem Bundesverfassungsgericht zufolge darf Deutschland keine Richtlinie umsetzen, bei deren Erlass die EU ihre Hoheitsbefugnisse überschritten hat.

Außerdem in Deutschland an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden. Die Umsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung verstößt diese Konvention. Deutschland kann nicht zugleich die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung umsetzen und seine Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte wahren.

### „Die Richtlinie war als Kompromiss nötig, um weiter gehende Speicherpflichten zu verhindern.“

**Falsch.** Deutschland hätte den Beschluss der EU-Richtlinie insgesamt verhindern können, wenn die Verhandlungsführer der Bundesregierung von Anfang an jede Vorratsdatenspeicherung abgelehnt hätten, wie es mehrere Beschlüsse des Bundestags gefordert <sup>13</sup> hatten. Stattdessen hat sich Bundesjustizministerin Zypries ohne Not mit einer sechsmonatigen Speicherung einverstanden erklärt, diese als nützlich bezeichnet und entgegen den Vorgaben des Bundestags aktiv auf eine sechsmonatige Speicherpflicht hingearbeitet.

### „Deutschland setzt die EU-Richtlinie nur mit den Mindestanforderungen um.“

Selbst wenn dies so wäre, würde das nichts daran ändern, dass eine systematische Protokollierung des Telekommunikationsverhaltens der gesamten Bevölkerung **grob unverhältnismäßig** und mit einer freien Gesellschaft nicht zu vereinbaren ist. Mit dem begrenzten Umfang der anlasslosen Kommunikationsprotokollierung zu argumentieren ist wie einem Menschen zu sagen: „Keine Sorge, wir schlagen dich nicht tot, sondern nur krankenhausreif.“

Tatsächlich ist es auch **falsch**, dass nur die Mindestanforderungen der EU-Richtlinie umgesetzt würden. In Wahrheit geht das deutsche Gesetz in vielen Punkten über die Vorgaben der EU-Richtlinie hinaus:

- In Deutschland werden **Internet-Anonymisierungsdienste** zur Vorratsdatenspeicherung verpflichtet, was sie praktisch wirkungslos macht. Die EU-Richtlinie sieht das nicht vor.
- In Deutschland werden Zugriffe auf vorratsgespeicherte Verbindungsdaten **bei jedem Verdacht** einer "erheblichen" oder einer "mittels Telekommunikation begangenen" Straftat zugelassen, außerdem "zur Abwehr von erheblichen Gefahren" und zur Sammlung von Erkenntnissen durch die Geheimdienste. Die EU-Richtlinie sieht eine Datenspeicherung nur "zum Zwecke der Ermittlung, Feststellung und Verfolgung von schweren Straftaten" vor.
- In Deutschland bekommt eine Telefonnummer nur, wer seinen Namen, seine Anschrift und sein Geburtsdatum angibt (**Identifizierungszwang**). Diese Daten sind für eine Vielzahl staatlicher Behörden abrufbar. Selbst Anbieter vorausbezahlter und kostenloser Dienste (z.B. Prepaid-Handykarten) müssen diese Daten abfragen. Die EU-

11 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/72439>

12 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/76391>

13 <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/77/85/>

Richtlinie sieht keinen solchen Identifizierungszwang vor.

- Zugriff auf die Identität von Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzern (Name, Anschrift, Geburtsdatum) erhalten alle Behörden<sup>14</sup>, die irgend ein Interesse daran haben können (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdienste, Zoll, Behörden zur Bekämpfung von Schwarzarbeit). Schon die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten (z.B. Falschparken) ermöglicht Zugriffe in einem **automatisierten Abrufverfahren**. Auch die Film- und Musikindustrie und andere "Rechteinhaber" sollen Auskunft über die Identität der Kommunizierenden verlangen dürfen<sup>15</sup>, etwa um die Benutzung von Tauschbörsen im Internet verfolgen zu können. Die EU-Richtlinie sieht Zugriffsrechte dagegen nur zur Verfolgung „schwerer Straftaten“ vor.
- Die Daten über die Identität von Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzern (Name, Anschrift, Geburtsdatum) sollen nach Vertragsende **bis zu zwei Jahre lang** auf Vorrat gespeichert bleiben. Die EU-Richtlinie fordert nur eine sechsmonatige Speicherung.
- In Deutschland muss bei jedem Versenden und Abrufen von E-Mail die Kennung (**IP-Adresse**) des Nutzers gespeichert werden, bei jedem Empfangen von E-Mail die IP-Adresse des Absenders. In der EU-Richtlinie ist davon keine Rede.
- In Deutschland erhalten Anbieter von Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetdiensten **keine Entschädigung** für die Vorratsspeicherung und die dafür anfallenden Kosten. Die Kosten müssen deswegen im Wege von Preiserhöhungen auf die Nutzer umgelegt werden. Bisher kostenlosen Diensten droht die Einstellung. Die EU-Richtlinie steht einer Entschädigung demgegenüber nicht entgegen.
- In Deutschland wird E-Mail- und Internetzugangsanbietern eine Vorratsdatenspeicherung **bereits ab dem 1. Januar 2008** erlaubt. Die EU-Richtlinie fordert eine Speicherung erst ab dem 15. März 2009.

## „Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung ist verfassungskonform.“

**Falsch.** Die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung in Deutschland verstößt gegen die Grundrechte der betroffenen Bürger und die dazu ergangenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

Dies gilt zum einen für das vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochene<sup>16</sup> „*außerhalb statistischer Zwecke bestehende strikte Verbot der Sammlung personenbezogener Daten auf Vorrat*“.

Im dem Urteil<sup>17</sup> des Bundesverfassungsgerichts vom 04.04.2006 heißt es weiter: „*Selbst bei höchstem Gewicht der drohenden Rechtsgutbeeinträchtigung kann auf das Erfordernis einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit nicht verzichtet werden.*“ „*Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit führt dazu, dass der Gesetzgeber intensive Grundrechtseingriffe erst von bestimmten Verdachts- oder Gefahrenstufen an vorsehen darf [...] Verzichtet der Gesetzgeber auf begrenzende Anforderungen an die Wahrscheinlichkeit des Gefahren Eintritts sowie an die Nähe der Betroffenen zur abzuwehrenden Bedrohung und sieht er gleichwohl eine Befugnis zu Eingriffen von erheblichem Gewicht vor, genügt dies dem Verfassungsrecht nicht.*“

*Eine Vorratsdatenspeicherung verzichtet auf jeden Verdachtsgrad und auf jede Nähe der Betroffenen zu den aufzuklärenden Straftaten, stellt gleichzeitig aber einen schwerwiegenden Grundrechtseingriff dar, weil sensible Daten über das Kommunikationsverhalten der gesamten Bevölkerung gesammelt werden. Dies ist mit dem Verfassungsrecht unvereinbar.*

In einem Urteil<sup>18</sup> des Bundesverfassungsgerichts vom 12.03.2003 heißt es: „*Insofern genügt es verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht, dass die Erfassung der Verbindungsdaten allgemein der Strafverfolgung dient. Vorausgesetzt sind vielmehr eine Straftat von erheblicher Bedeutung, ein konkreter Tatverdacht und eine hinreichend sichere Tatsachenbasis.*“

Mit diesen Vorgaben steht die beabsichtigte Vorratsdatenspeicherung im evidenten Widerspruch. Mit der Vorratsdatenspeicherung ordnet der Staat eine Erfassung und Vorhaltung von Verbindungsdaten an, die nur allgemein der Strafverfolgung dienen soll, aber keinen konkreten Tatverdacht und keinerlei Anhaltspunkte einer Straftat voraussetzt.

<sup>14</sup> [http://bundesrecht.juris.de/tkg\\_2004/\\_112.html](http://bundesrecht.juris.de/tkg_2004/_112.html)

<sup>15</sup> [http://www.bmj.bund.de/enid/49f18206e0ef649636f6e5f6964092d0933383539093a095f7472636964092d0933383833/Pressemitteilungen\\_und\\_Reden/Pressemitteilungen\\_58.html](http://www.bmj.bund.de/enid/49f18206e0ef649636f6e5f6964092d0933383539093a095f7472636964092d0933383833/Pressemitteilungen_und_Reden/Pressemitteilungen_58.html)

<sup>16</sup> [http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060404\\_1bvr051802.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060404_1bvr051802.html)

<sup>17</sup> [http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060404\\_1bvr051802.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060404_1bvr051802.html)

<sup>18</sup> [http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20030312\\_1bvr033096.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20030312_1bvr033096.html)

Schon 1967 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden<sup>19</sup>: „Ausgangspunkt hat die Feststellung zu sein, daß nach dem Menschenbild des Grundgesetzes die Polizeibehörde **nicht jedermann als potentiellen Rechtsbrecher betrachten** und auch nicht jeden, der sich irgendwie verdächtig gemacht hat ('aufgefallen ist') oder bei der Polizei angezeigt worden ist, ohne weiteres ‚erkennungsdienstlich behandeln‘ darf. Eine derart weitgehende Registrierung der Bürger aus dem Bestreben nach möglichst großer Effektivität der Polizeigewalt und Erleichterung der polizeilichen Überwachung der Bevölkerung widerspricht den Prinzipien des freiheitlichen Rechtsstaates.“

Die Vorratsdatenspeicherung geht weit über die Aufnahme von Lichtbildern und Fingerabdrücken im Rahmen einer erkennungsdienstlichen Behandlung hinaus. Sie betrifft sensible Daten über die Kommunikation der Menschen mit ihren nächsten Angehörigen sowie mit Beratungs- und Hilfsberufen, über die sozialen Beziehungen der Menschen zueinander, über ihre Internetnutzung und über ihr Bewegungsverhalten. Eine derart weitreichende Registrierung des Verhaltens aller 82 Mio. Menschen in Deutschland aus dem Bestreben nach möglichst großer Effektivität der Polizeigewalt und Erleichterung der Verfolgung von Straftaten widerspricht den Grundprinzipien des freiheitlichen Rechtsstaates.

Mit Beschluss<sup>20</sup> vom 22.08.2006 hatte das Bundesverfassungsgericht an den Gesetzgeber nochmals eine besondere Warnung gerichtet: „Das Bundesministerium der Justiz hat mitgeteilt, seit längerem an einer Gesamtregelung der strafprozessualen heimlichen Ermittlungsmaßnahmen zu arbeiten [...] Es stellt sich auch die Frage, ob und in welchem Umfang von einer neuerlichen Ausdehnung heimlicher Ermittlungsmethoden im Hinblick auf **Grundrechtspositionen unbeteiligter Dritter** Abstand zu nehmen ist.“ Die Vorratsdatenspeicherung stellt eine schwerwiegende Ausdehnung der heimlichen Telekommunikationsüberwachung dar und beschädigt Grundrechtspositionen unbeteiligter Dritter massiv.

Vor dem Hintergrund der klaren verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ist es ein **vorsätzlicher Verfassungsbruch**, dass CDU/CSU und SPD die Vorratsspeicherung von Telekommunikations-Verkehrsdaten gleichwohl beschlossen haben.

## „Vertrauensberufe wie Strafverteidiger, Seelsorger und Bundestagsabgeordnete sind von dem Gesetz ausgenommen.“

**Falsch.** Auch Kontakte von und zu diesen Personen sowie deren Handy-Positionsdaten werden auf Vorrat gespeichert.

Nur die Abfrage dieser Daten ist den Strafverfolgern untersagt. Das Verbot gilt aber erstens nur, wenn die Daten unter das Berufsgeheimnis fallen. Es gilt zweitens nicht, wenn der Berufsgeheimnisträger selbst im Verdacht steht, an einer Straftat beteiligt zu sein. Drittens weiß die Polizei bei der Abfrage von Verbindungs- oder Bewegungsdaten oftmals nicht, ob der Betroffene oder seine Gesprächspartner Berufsgeheimnisträger sind. Das Erhebungsverbot ist also weitgehend wirkungslos. Viertens gilt die Zugriffsbeschränkung nur für Zugriffe der Strafverfolger, nicht aber für Nachrichtendienste und präventive Zugriffe.

## „Die Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts führt zu einem angemessenen Kompromiss.“

**Falsch.** Nach den Eilentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom März und Oktober 2008 wird die Nutzung von Telefon und Handy, seit 2009 auch von E-Mail, Anonymisierungsdiensten und Internet bis zur Entscheidung in der Hauptsache weiterhin ohne Anlass protokolliert, und zwar für die gesamte Bevölkerung. Jedoch ist die Herausgabe der anlasslos gespeicherten Verbindungs- und Standortdaten einstweilen nur unter engeren Voraussetzungen zulässig als von Bundestag und den Landtagen in Bayern und Thüringen gewollt:

1. Verbindungs- und Standortdaten sind zur Aufklärung des Verdachts einer schweren Straftat an Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte herauszugeben, wobei regelmäßig eine richterliche Anordnung erforderlich ist.
2. Verbindungs- und Standortdaten sind auch präventiv zur Abwehr einer dringenden Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person, für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder zur Abwehr einer gemeinen Gefahr an Polizeibehörden herauszugeben, wobei regelmäßig eine richterliche Anordnung erforderlich ist. Zugriff hat die Polizei nur in Bundesländern, die eine präventive Nutzung von Vorratsdaten erlauben, sowie das Bundeskriminalamt.
3. Verbindungs- und Standortdaten sind an Nachrichtendienste herauszugeben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass

19 <http://www.datenschutz-berlin.de/jahresbe/96/texte/bver-w169.htm>

20 [http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20060822\\_2bvr134503.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20060822_2bvr134503.html)

jemand eine schwere Straftat begangen hat. Dies gilt nur für Bundesländer, die ihren Nachrichtendiensten einen Zugriff auf Vorratsdaten erlauben (z.B. Bayern). Eine richterliche Anordnung ist nicht erforderlich.

4. Internetnutzer können seit 2009 sechs Monate lang zur Verfolgung jeder Straftat oder Ordnungswidrigkeit, zur Abwehr jeder Gefahr oder für Zwecke der Geheimdienste anhand ihrer IP-Adresse identifiziert werden. Eine richterliche Anordnung ist nicht erforderlich. Privaten (z.B. Unterhaltungsindustrie) dürfen keine Auskünfte mithilfe von Vorratsdaten erteilt werden; sie können aber die Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft einsehen.
5. Auf Verbindungs- und Standortdaten, die zur Abrechnung benötigt werden, kann unter den bisherigen, weniger engen Voraussetzungen zugegriffen werden.

Selbst wenn die Verwendung der Daten generell verboten wäre, bliebe das permanente Risiko einer missbräuchlichen Nutzung (siehe Telekom-Skandal) oder versehentlichen Veröffentlichung der sensiblen Informationen über unsere Kontakte, Bewegungen und Internetnutzung durch Mitarbeiter von Telekommunikationsunternehmen unverändert bestehen. Bereits dieses mit der Datenerfassung notwendig verbundene Risiko hält in bestimmten Situationen von der freien und unbefangenen Nutzung von Telefon, Handy, E-Mail und Internet ab.

### „Nach dem Koalitionsvertrag von Union und FDP wird die Vorratsdatenspeicherung ausgesetzt.“

**Falsch.** Nach dem Koalitionsvertrag von Union und FDP wird die Vorratsdatenspeicherung weder ausgesetzt noch eingeschränkt. Auch die staatliche Nutzung der Kommunikationsdaten wird praktisch unverändert fortgesetzt.

Union und FDP haben vereinbart<sup>21</sup>: „Wir werden den Zugriff der Bundesbehörden auf die gespeicherten Vorratsdaten der Telekommunikationsunternehmen bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der Vorratsdatenspeicherung aussetzen und bis dahin auf Zugriffe zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben und Freiheit beschränken.“

Die einzige Bundesbehörde, die präventiven Zugriff auf Vorratsdaten hat, ist – seit 2009 – das **Bundeskriminalamt**. Auf Anordnung des Bundesverfassungsgerichts erhält das Bundeskriminalamt Vorratsdaten ohnehin nur „zur Abwehr einer dringenden Gefahr für Leib, Leben

oder Freiheit einer Person, für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder zur Abwehr einer gemeinen Gefahr“. Die Vorgaben des Koalitionsvertrags gehen kaum darüber hinaus. Außerdem sollen die Vorgaben des Koalitionsvertrags im Wege einer Verwaltungsanweisung an das Bundeskriminalamt umgesetzt werden. Bürger können sich auf eine solche interne Anweisung nicht berufen, Gerichte können sie nicht anwenden. Gleiches gilt für die Anweisung an den Generalbundesanwalt, Vorratsdaten einstweilen nicht zur Strafverfolgung anzufordern.

Die minimal eingeschränkte Anforderung von Vorratsdaten durch Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt macht nur einen **unbedeutenden Bruchteil** der staatlichen Nutzung von Vorratsdaten insgesamt aus:

1. Mit am häufigsten machen sich Staatsbehörden die Vorratsdatenspeicherung zunutze, indem sie von Internet-Unternehmen die Identifizierung von Internetnutzern anhand ihrer IP-Adresse oder E-Mail-Adresse verlangen (§ 113 TKG). Diese Praxis schränkt der Koalitionsvertrag nicht ein.
2. Die Herausgabe von anlasslos erfassten Verbindungs- und Standortdaten an den Staat erfolgt fast ausschließlich im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungsverfahren. Die Anforderung von Vorratsdaten im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungsverfahren schränkt der Koalitionsvertrag nicht ein, weil sie im Regelfall nicht von Bundesbehörden vorgenommen wird, sondern von den Polizeien, Staatsanwaltschaften und Gerichten der Länder.
3. Die präventive Übermittlung von anlasslos erfassten Kommunikationsdaten an die Polizeien und Geheimdienste der Länder schränkt der Koalitionsvertrag nicht ein.

Die Vorratsdatenspeicherung selbst und das damit notwendig verbundene Risiko missbräuchlicher, **illegaler Zugriffe** auf unsere Kontakte, die Gefahr ihres versehentlichen Bekanntwerdens (Datenpanne) sowie das Risiko, aufgrund von Verbindungen oder Bewegungen zu Unrecht in Verdacht zu geraten, bleiben nach dem Koalitionsvertrag von Union und FDP unverändert bestehen.

<sup>21</sup> <http://www.fdp-bundespartei.de/files/363/091024-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>

# Ausgewählte Pressemitteilungen des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung

## 31.12.2007: Verfassungsbeschwerde und Eilantrag gegen Vorratsdatenspeicherung eingereicht

Die vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung initiierte Verfassungsbeschwerde gegen die sechsmonatige Speicherung aller Verbindungsdaten ist heute beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe **eingereicht** worden. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik haben rund 30.000 Menschen einen Rechtsanwalt mit der Erhebung einer Verfassungsbeschwerde beauftragt. Der Arbeitskreis veröffentlicht zugleich Empfehlungen zum Schutz vor der ab 2008 geltenden „Totalprotokollierung der Telekommunikation“.

Nachdem das von CDU, CSU und SPD beschlossene Gesetz zur Protokollierung der Telekommunikation der gesamten Bevölkerung („Vorratsdatenspeicherung“) im Bundesgesetzblatt verkündet worden ist, hat der Berliner Rechtsanwalt Meinhard Starostik am heutigen Montag Verfassungsbeschwerde gegen die Datensammlung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. In der **über 150-seitigen Beschwerdeschrift**<sup>22</sup> wird auch beantragt, die Datensammlung wegen „offensichtlicher Verfassungswidrigkeit“ durch eine einstweilige Anordnung sofort auszusetzen.

Zur Begründung heißt es, das Gesetz lasse „massive Kommunikationsstörungen“ in Deutschland befürchten. Zum einen **werde jeder Bürger grundlos wie ein potenzieller Straftäter behandelt**. Es stelle einen gravierenden Eingriff in die Grundwerteordnung des Rechtsstaates dar, das Verhalten von 80 Millionen Bundesbürger ohne jeden Verdacht einer Straftat aufzeichnen zu lassen. Zum anderen drohe Journalisten der Abbruch von Informantenkontakten, Beratungsangeboten wie der Telefonseelsorge die Abnahme von Anrufen und E-Mails von Menschen in Not, Strafverfolgern der Wegfall anonymer Anzeigen und Hinweise, Regierungskritikern das Ende unkomplizierter Kommunikation und Internetsurfen Ermittlungen wegen des Besuchs vermeintlich verdächtiger Internetseiten. Sensible Kontakte und Kommunikationen könnten nur noch durch persönliche Treffen abgewickelt werden oder

müssten insgesamt unterbleiben. Mit der unbefangenen Kommunikation gehe „die unverzichtbare Grundvoraussetzung eines demokratischen Staatswesens“ verloren.

**Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik haben rund 30.000 Menschen** einen Rechtsanwalt zur Erhebung einer Verfassungsbeschwerde bevollmächtigt. Da die Erfassung und Auswertung der vielen Vollmachten noch nicht abgeschlossen werden konnte, ist die Beschwerde zunächst im Namen von acht Erstbeschwerdeführern eingereicht worden. Es handelt sich um den Bielefelder Rechtsprofessor Prof. Dr. Christoph Gusy, den Bremer Publizisten und Rechtsanwalt Dr. Rolf Gössner, den Bürgerrechtler Patrick Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, den Leiter einer Beratungsstelle der AIDS-Hilfe, die kommerzielle Anbieterin eines Anonymisierungsdienstes, das Vorstandsmitglied des Journalistenvereins „Netzwerk Recherche“ Albrecht Ude, den Steuerberater Heinz Raschdorf und den Strafverteidiger Peter Zuriel. Die Beschwerde wird im Namen der weiteren Beschwerdeführer eingereicht werden, sobald die Erfassung der bis zum 24.12.2007 eingegangenen Vollmachten abgeschlossen ist.

**Nach dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung soll ab 2008** ohne Anfangsverdacht protokolliert werden, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden oder das Internet genutzt hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS soll auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten werden. Bis Ende 2008 können Unternehmen eine Vorratsspeicherung noch straffrei verweigern<sup>23</sup>. Sodann drohen hohe Bußgelder. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ruft alle Telekommunikationsanbieter auf, einstweilen auf die Massendatensammlung zu verzichten. Erste Internet-Service-Provider haben bereits angekündigt, 2008 noch keine Daten auf Vorrat zu speichern.

**Besorgten Bürgerinnen und Bürgern rät der Arbeitskreis**, sich vor einer Aufdeckung ihrer persönlichen und beruflichen Kontakte und Bewegungen zu schützen:

1. **Fragen Sie den Datenschutzbeauftragten** Ihres Telefonanbieters, Ihres Handyproviders, Ihres E-Mail-Anbieters und Ihres Internet-Zugangsanbieters, ob und für wie viele Tage Ihre Verkehrsda-

<sup>22</sup> Die Beschwerdeschrift im Internet: [http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Verfassungsbeschwerde\\_Vorratsdatenspeicherung.pdf](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Verfassungsbeschwerde_Vorratsdatenspeicherung.pdf)

<sup>23</sup> Nichtspeicherung ist straffrei: § 150 Abs. 12b TKG, <http://dip21.bundestag.de/dip21/brd/2007/0798-07.pdf>



ten 2008 gespeichert werden. Verlangen Sie die unverzügliche Löschung der Daten und nutzen Sie Pauschaltarife (Flatrates). Speichert Ihr Anbieter trotzdem auf Vorrat, wechseln Sie zu einem anderen Unternehmen.

2. **Nutzen Sie kostenlose und vorausbezahlte Dienste nur noch** unter falschem Namen (z.B. E-Mail-Konten, Prepaid-Handykarten). Dies ist auch in Zukunft vollkommen legal.
3. **Nutzen Sie Anonymisierungsdienste** und -software für sensible Aktivitäten im Internet.

**Weitere Informationen** finden sich auf der Internetseite des Arbeitskreises<sup>24</sup>. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung bietet eine CD mit Anonymisierungssoftware für Internetnutzer an, mit deren Hilfe die Vorratsdatenspeicherung umgangen werden kann<sup>25</sup>.

## 29.02.2008: Historische Sammel-Verfassungsbeschwerde gegen Vorratsdatenspeicherung eingereicht

+++ **Größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik eingereicht** +++ Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung schlägt auf dem Platz der Grundrechte symbolisch Thesen zur Verteidigung der Grundrechte an +++

Dem Bundesverfassungsgericht wurden heute in Karlsruhe die **Vollmachten von über 34.000 Bürgerinnen und Bürgern** übergeben, die sich gegen die sechsmonatige Sammlung ihres Telekommunikations- und Bewegungsverhaltens zur Wehr setzen wollen. Gegen die seit 1. Januar 2008 eingeführte Überwachungsmaßnahme richtet sich damit die größte Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der Bundesrepublik.<sup>26</sup> Die 102 Aktenordner und 12 Umzugskartons füllenden Vollmachten der Beschwerdeführer wurden heute für den Berliner Anwalt Meinhard Starostik beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Im Anschluss schlugen Mitglieder des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung am Platz der Grundrechte in Karlsruhe **symbolisch 17 Thesen zur Verteidigung der Grundrechte** in der heutigen Zeit an. Für verschiedene Grundrechte wurde je eine These angenagelt, beispielsweise „Die Souveränität des Individuums über seine Daten ist die Voraussetzung der Wahrnehmung seiner Freiheit“. Auf weiteren Tafeln waren entgegengesetzte Äußerungen von Politikern zu lesen, etwa die Aussage der

Bundeskanzlerin: „Es kann doch keinen Raum geben, in dem Terroristen sicher sein können, dass sie sich austauschen können, ohne dass der Staat einen Zugriff hat.“

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung erklärt dazu: „Wir fordern Regierung und Parlament auf, eine **unabhängige Überprüfung aller seit 1968 beschlossenen Überwachungsgesetze** auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen hin einzuleiten. Wir fordern außerdem den sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind. Dazu zählen die Überwachung von Flugreisenden, das geplante zentrale Melderegister, der biometrische und elektronische Personalausweis sowie Präventivbefugnisse des Bundeskriminalamts einschließlich staatlicher Spionage auf Privatcomputern.“

Anfang Februar hatte das Bundesverfassungsgericht den Eilantrag auf Aussetzung der gigantischen Datensammlung zunächst Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und den Länderregierungen zur Stellungnahme zugeleitet. Dabei fragte das Gericht unter anderem, ob es zutreffe, dass auch ohne Vorratsdatenspeicherung **nur 2% der Abfragen von Verbindungsdaten erfolglos** bleiben.<sup>27</sup> Das Bundesverfassungsgericht will noch im März über den Eilantrag entscheiden.

Eine Umfrage<sup>28</sup> des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung vom Ende Januar 2008 kommt zu dem Ergebnis, **dass viele Menschen seit Jahresanfang die Nutzung von Telefon, Handy, E-Mail und Internet vermeiden**. In sensiblen Bereichen wie Journalismus und medizinische Beratung hat dies schwerwiegende Folgen für die Betroffenen.

## 04.06.2008: Forsa-Umfrage: Vorratsdatenspeicherung verhindert sensible Gespräche

Die zu Jahresbeginn eingeführte Vorratsdatenspeicherung schreckt von sensiblen Gesprächen am Telefon ab und **wird von nahezu jedem zweiten Bundesbürger als unverhältnismäßig abgelehnt**. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa unter 1.002 Bundesbürgern am 27./28. Mai 2008.

Die Ergebnisse im Einzelnen: **Sieben von zehn Befragten war bekannt**, dass seit Beginn des Jahres 2008 alle Verbindungsdaten jedes Bürgers in Deutschland sechs Monate lang gespeichert werden müssen (731 der Befragten).

<sup>24</sup> Datenfrei kommunizieren: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/56/77/>

<sup>25</sup> CD "Freiheit statt Angst": <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/123/113/>

<sup>26</sup> Informationen zur Sammel-Verfassungsbeschwerde: <http://verfassungsbeschwerde.vorratsdatenspeicherung.de/>

<sup>27</sup> Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 05.02.2008: [http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/bverfg\\_2008-02-05\\_anon.pdf](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/bverfg_2008-02-05_anon.pdf)

<sup>28</sup> Umfrage des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/193/79/>

**Die Mehrheit der Befragten würde wegen der Vorratsdatenspeicherung davon absehen**, per Telefon, E-Mail oder Handy Kontakt zu einer Eheberatungsstelle, einem Psychotherapeuten oder einer Drogenberatungsstelle aufzunehmen, wenn sie deren Rat benötigten (517 der Befragten). Hochgerechnet entspricht dies über 43 Mio. Deutschen.

**Jede dreizehnte Person hat wegen der Verbindungsdatenspeicherung bereits mindestens einmal darauf verzichtet**, Telefon, Handy oder E-Mail zu benutzen (79 der Befragten). Hochgerechnet entspricht dies 6,5 Mio. Deutschen. Jede sechzehnte Person hat den Eindruck, dass andere Menschen seit Beginn der Vorratsdatenspeicherung seltener per Telefon, Handy oder E-Mail Kontakt mit ihr aufnehmen (62 der Befragten). Hochgerechnet entspricht dies 5 Mio. Deutschen. Besonders stark ist die Veränderung des Kommunikationsverhaltens unter Menschen mit geringem Bildungsniveau (Haupt- oder Grundschulabschluss).

**Nahezu jeder zweite Bundesbürger sieht in der Vorratsdatenspeicherung** einen unverhältnismäßigen und unnötigen Eingriff in seine Freiheitsrechte (465 der Befragten). Hochgerechnet entspricht dies 43 Mio. Deutschen, die sich gegen die Verbindungsdatenspeicherung aussprechen.

**Als Konsequenz aus den Umfrageergebnissen fordert der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung**, das Gesetz zur zwangsweisen Sammlung sämtlicher Verbindungsdaten (Vorratsdatenspeicherung) unverzüglich wieder aufzuheben. „Die abschreckende Wirkung dieses Gesetzes ist lebensgefährlich, wo etwa telefonische Hilferufe bei Psychotherapeuten oder Drogenberatungsstellen unterbleiben“, begründet Patrick Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. „Dass die Verbindungsprotokollierung in bestimmten Situationen vom Griff zum Telefonhörer abhält, ist nachvollziehbar. Gerade der aktuelle Telekom-Skandal beweist wieder, dass nur nicht gespeicherte Informationen sichere Informationen sind.“ Auch 49 weitere Verbände und Organisationen sprechen sich gegen das Gesetz aus<sup>29</sup>, das zurzeit von über 30.000 Bürgerinnen und Bürgern mit einer Sammel-Verfassungsbeschwerde angegriffen wird.<sup>30</sup>

**„Wir verlangen insgesamt einen radikalen Wandel der Innenpolitik“**, ergänzt Ricardo Cristof Remmert-Fontes vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. „Wir brauchen ein Moratorium für sämtliche neuen Überwachungspläne wie Computerüberwachung, BKA-Novelle und Flugreiseaufzeichnung. Bereits bestehende Überwachungsgesetze müssen endlich von einer unabhängigen Grundrechteagentur systematisch auf ihre Wirksamkeit und schädli-

chen Nebenwirkungen überprüft werden. Höhere Bußgelder oder Gesetzeskosmetik, wie sie jetzt in der Diskussion sind, schützen uns nicht.“

**Die Meinungsumfrage wurde vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung**, dem eco-Verband der deutschen Internetwirtschaft, dem Deutschen Fachjournalisten-Verband und der JonDos GmbH in Auftrag gegeben. Der ForSa-Kurzbericht über die Umfrageergebnisse findet sich im Internet unter:  
[http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/forSa\\_2008-06-03.pdf](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/forSa_2008-06-03.pdf).

### **03.09.2008: Vorratsdatenspeicherung: Nützlichkeit ist nicht gleich Sicherheit**

**Das Bundesjustizministerium hat dem Bundesverfassungsgericht eine Statistik<sup>31</sup> vorgelegt**, derzufolge von Mai bis Juli 2008 in 934 Strafverfahren anlasslos gespeicherte Telekommunikationsverbindungs- und -positionsdaten abgefragt wurden. Die Statistik lässt allerdings nicht auf einen Bedarf nach solchen Daten schließen, weil Strafverfolgungsbehörden Vorratsdaten nicht erst anfordern, nachdem der Zugriff auf ohnehin gespeicherte Abrechnungsdaten erfolglos geblieben ist, und weil die Erheblichkeit der Vorratsdaten für den Verfahrensausgang nicht erfasst worden ist. Aussagekräftig ist einzig die im Februar 2008 vorgelegte Untersuchung des unabhängigen Max-Planck-Instituts, der zufolge den Strafverfolgern nur in 0,01% aller Verfahren Verbindungsdaten fehlen.<sup>32</sup>

**Nachdem über 34.000 Bürgerinnen und Bürger** im August bei dem Bundesverfassungsgericht beantragt haben, die zum Jahresbeginn eingeführte Vorratsdatenspeicherung auszusetzen, haben staatliche Stellen mehrfach Werbung für die umstrittene Protokollierung des Telekommunikations-, Bewegungs- und Internetnutzungsverhaltens der gesamten Bevölkerung verbreitet: Das bayerische Landeskriminalamt<sup>33</sup>, die Fernsehendung Report München<sup>34</sup> und nun das Bundesjustizministerium.

Zu den Vorwürfen, **ohne Vorratsdatenspeicherung sei die Aufklärung von Straftaten gefährdet**, erklärt der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung:

- **Nützlichkeit ist nicht gleich Sicherheit.** Mehr Daten mögen in Einzelfällen nützlich sein. Im Ergebnis ist in Staaten mit Vorratsdatenspeicherung (z.B. Irland) jedoch keine geringere Kriminalitätsrate zu verzeichnen als in Deutschland. Insgesamt gesehen

31 [http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/Bundesregierung\\_Schreiben\\_2008-08-22\\_1-BvR-256-08.pdf](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/Bundesregierung_Schreiben_2008-08-22_1-BvR-256-08.pdf).

32 [http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/schriftsatz\\_2008-03-17.pdf](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/schriftsatz_2008-03-17.pdf), S. 2.

33 <http://www.polizei.bayern.de/news/presse/aktuell/index.html/76145>.

34 <http://www.br-online.de/daserste/report/archiv/2008/00500/>.

29 <http://erklaerung.vorratsdatenspeicherung.de/>

30 <http://verfassungsbeschwerde.vorratsdatenspeicherung.de/>



gibt es mit Vorratsdatenspeicherung nicht weniger Kindesmissbrauch, Vergewaltigungen, Körperverletzungen oder sonstige Straftaten als ohne Vorratsdatenspeicherung.

- **Aufklärung ist nicht gleich Schutz.** Es ist nicht nachweisbar, dass eine erleichterte Aufklärung von Straftaten irgend einen Einfluss auf die Kriminalitätsrate hat.
- **Arbeitserleichterung ist nicht gleich Erforderlichkeit.** Weltweit werden Straftaten auch ohne Vorratsdatenspeicherung erfolgreich aufgeklärt, gerade im Internet: Laut Bundeskriminalamt wurden 2007 ohne Vorratsdatenspeicherung 84,4% aller registrierten Internetdelikte einschließlich der Verbreitung von Kinderpornografie erfolgreich aufgeklärt – von den sonstigen Straftaten nur 55%.<sup>35</sup>
- **Einzelfallbetrachtung ist nicht gleich Verhältnismäßigkeit.** Aus einer Studie des Max-Planck-Instituts ergibt sich, dass die Vorratsdatenspeicherung im besten Fall bei 0,01% aller Straftaten von Nutzen sein kann<sup>36</sup> – zu 99,99% wird sinnlos aufgezeichnet.
- **Massenverfolgung ist nicht gleich Effizienz.** Mithilfe von Telekommunikationsdaten werden hauptsächlich Betrügereien und Tauschbörsennutzer ermittelt.<sup>37</sup> Diese massenhafte Verfolgung von Kleinkriminalität kostet die Polizei Ressourcen, die bei der Ermittlung schwerer Straftäter und der Hintermänner fehlen. In den letzten Jahren sind bei der Polizei 17.000 Stellen gestrichen worden.<sup>38</sup>
- **Betriebsblindheit ist nicht gleich Klugheit.** In ihrer Jagd auf 0,01% der Straftäter verlieren die Befürworter der Vorratsdatenspeicherung aus den Augen, dass eine unprotokollierte Kommunikation Leben, Gesundheit und Freiheit von weit mehr Unschuldigen schützt, etwa wo Beratungsstellen gewalttätige Familienväter oder Pädophile überzeugen können, sich einer Therapie zu unterziehen. Im Jahr 2007 konnte beispielsweise ein bei der Telefonseelsorge tätiger Pfarrer einen Jugendlichen überzeugen, einen geplanten Amoklauf zu unterlassen. Wäre der Anruf rückverfolgbar gewesen, hätte der Jugendliche wohl nie über sein Vorhaben gesprochen. Einer Forsa-Umfrage

vom Juni 2008 zufolge hält die Vorratsdatenspeicherung gegenwärtig jeden zweiten Deutschen davon ab, sich telefonisch beraten zu lassen.

- **Telekommunikation ist nicht gleich Straftat.** Telefon, Handy und Internet werden zu 99,9% vollkommen legal eingesetzt. Gespräche müssen am Telefon ebenso wenig registriert werden wie sonstige Gespräche. Briefe müssen im Internet ebenso wenig registriert werden wie sonstige Briefe. Bewegungen müssen mit einem Handy ebenso wenig registriert werden wie sonstige Bewegungen.
- **Gefährdung ist nicht gleich Kriminalität.** Was Straftaten anbelangt, ist Deutschland eines der sichersten Länder der Welt. Tod, Krankheit oder Behinderung beruhen bei uns nur zu 0,2% auf Gewalt und Straftaten.<sup>39</sup> Dagegen kosten Tabak, Alkohol, Cholesterin, Übergewicht, Fehlernährung, Bewegungsmangel, Suizid, Stürze und der Straßenverkehr ein Vielfaches an Menschenleben – obwohl sie sehr viel leichter zu reduzieren wären.
- **Überwachung ist nicht gleich Sicherheit.** Umgekehrt ermöglichen Datenhalden erst Missbrauch wie bei der Deutschen Telekom AG und Betrug wie im Fall der Bankdaten. Nur nicht gespeicherte Daten sind sichere Daten. Die Vorratsdatenspeicherung stellt diese Erkenntnis auf den Kopf.
- **Freiheit ist nicht gleich Unsicherheit.** Es ist kein Zufall, dass wir in Deutschland mit vergleichsweise wenig Überwachung und starkem Grundrechtsschutz sicherer leben als Kontrollstaaten wie Großbritannien oder die USA. Sicherheit braucht in erster Linie Vertrauen und Achtung vor dem Recht – auch vor den Grundrechten. Die verdachtslose Vorratsdatenspeicherung erklärt dagegen erstmals die gesamte deutsche Bevölkerung zu potenziellen Straftätern und bricht damit unsere im Grundgesetz verbürgten Rechte.

„Wenn Politiker wie Wolfgang Schäuble oder Dieter Wiefelspütz uns aus Anlass der jüngsten Datenskandale weismachen wollen, nur im privaten Bereich bestünde ein Problem, nimmt ihnen das doch niemand mehr ab“, kommentiert Ralf Bendrath vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. „Die Bevölkerung hat bereits länger die Nase voll von immer mehr Überwachung durch den Staat, und dass die Daten dort keineswegs sicher sind, zeigen alleine im letzten Jahr die China-Trojaner in der Bundesregierung, die Datenlecks bei den Meldebehörden oder der Verkauf von Daten durch Mitarbeiter des Bundeskriminalamts.“<sup>40</sup> Analog zum Vorschlag des Datenhandel-Verbotes

35 [http://www.bka.de/pks/pks2007/download/pks-jb\\_2007\\_bka.pdf](http://www.bka.de/pks/pks2007/download/pks-jb_2007_bka.pdf), S. 243.

36 [http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/schriftsatz\\_2008-03-17.pdf](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/schriftsatz_2008-03-17.pdf), S. 2.

37 [http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Verfassungsbeschwerde\\_Vorratsdatenspeicherung.pdf](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Verfassungsbeschwerde_Vorratsdatenspeicherung.pdf), S. 36.

38 <http://www.gdp.de/gdp/gdpcms.nsf/id/p70606?Open&ccm=500020000&L=DE&markedcolor=%23003399>.

39 <http://www.daten-speicherung.de/?p=57>.

40 <http://www.sueddeutsche.de/tt2m4/deutschland/artikel/112/109003/>.

von Michael Glos fordern wir daher einen sofortigen Stopp der unkontrollierten Datenweitergabe zwischen Behörden oder an ausländische Geheimdienste.“

„**Um Medien und Politik gleichermaßen auf die Gefährdung der demokratischen Ordnung durch Massenüberwachung hinzuweisen**, haben wir einen weltweiten Aktionstag mit friedlichen und kreativen Protesten in über 20 Ländern initiiert“, ergänzt Ricardo Cristof Remmert-Fontes vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. Der Aktionstag findet am 11. Oktober 2008 statt, in Berlin ist eine große Demonstration geplant.

„**Freiheitsrechte müssen - auch bei uns in Deutschland! - jeden Tag neu verteidigt werden**“, bekräftigt padeluum vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung.

## 16.03.2009: Verwaltungsgericht: Vorratsdatenspeicherung ist „ungültig“

Als erstes deutsches Gericht hat das **Verwaltungsgericht Wiesbaden** die flächendeckende Aufzeichnung der Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzung der gesamten Bevölkerung (sog. Vorratsdatenspeicherung) als unverhältnismäßig bezeichnet.

In der heute vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung veröffentlichten Entscheidung (Beschluss vom 27.02.2009, Aktenzeichen 6 K 1045/08.WI) heißt es wörtlich: „Das Gericht sieht in der Datenspeicherung auf Vorrat einen **Verstoß gegen das Grundrecht auf Datenschutz**. Sie ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht notwendig. Der Einzelne gibt keine Veranlassung für den Eingriff, kann aber bei seinem legalen Verhalten wegen der Risiken des Missbrauchs und des Gefühls der Überwachung eingeschüchtert werden [...] Der nach Art. 8 EMRK zu wahrende Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist durch die Richtlinie [zur Vorratsdatenspeicherung] nicht gewahrt, weshalb sie ungültig ist“.<sup>41</sup>

Der **Arbeitskreis** Vorratsdatenspeicherung, der eine Verfassungsbeschwerde von über 34.000 Bürgerinnen und Bürgern gegen die Totalprotokollierung des Kommunikations- und Bewegungsverhaltens der gesamten Bevölkerung initiiert hat,<sup>42</sup> begrüßt die Gerichtsentscheidung sehr. Er fordert SPD und Union nun auf, das neueste Vorhaben der Regierung zu stoppen, Internetanbieter künftig auch zur flächendeckenden Aufzeichnung des Surfverhaltens im Internet zu ermächtigen.

„Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei ihren Abgeordneten jetzt gegen die geplante Surfprotokollierung zu **protestieren**“, erklärt Werner Hülsmann, Vorstandsmitglied im Forum InformatikerInnen für Frieden und ge-

sellschaftliche Verantwortung und aktiv im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. Zum Stopp des Vorhabens, über das der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung berät,<sup>43</sup> hat der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung eine Kampagnenseite im Internet eingerichtet.<sup>44</sup> Anfang März warnte auch der Bundesrat, die im Gesetzentwurf vorgesehenen „anlasslose oder flächendeckend durchgeführte Speicherungen sämtlicher Nutzungsdaten“ seien mit dem Grundgesetz „nicht vereinbar“.<sup>45</sup>

„Die neuerliche Kritik von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang **Schäuble** (CDU) an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung<sup>46</sup> belegt, dass sein Überwachungswahn keine Grenzen kennt“, kritisiert Patrick Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. „Es ist eben nicht ‚Sache des Gesetzgebers‘, den Schutz unserer Verfassung vor Fehlern und Missbräuchen von Behörden immer weiter auszuhöhlen. Wir brauchen endlich eine Grundrechteagentur, die alle bestehenden Eingriffsbefugnisse und Programme der Sicherheitsbehörden systematisch und nach wissenschaftlichen Kriterien auf ihre Wirksamkeit, Kosten, schädlichen Nebenwirkungen, auf Alternativen und auf ihre Vereinbarkeit mit unseren Grundrechten untersucht.“

## 27.11.2009: Erstes Verfassungsgericht erklärt Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung hat heute die deutsche Übersetzung eines Urteils des **Verfassungsgerichtshofs Rumäniens** (Curtea Constituțională a României) veröffentlicht, der das rumänische Gesetz zur sechsmonatigen Vorratsspeicherung aller Verbindungs-, Standort- und Internetzugangsdaten am 8. Oktober 2009 als verfassungswidrig verworfen hat. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung fordert die Bundesregierung nun auf, die Vorratsdatenspeicherung auch in Deutschland sofort abzuschaffen.

Zur Begründung seiner Entscheidung führt der Verfassungsgerichtshof Rumäniens aus, dass das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung die in der Strafprozessordnung vorgesehenen Ausnahmen vom Fernmeldegeheimnis „zur Regel“ mache. Im Fall einer Vorratsdatenspeicherung

43 [http://www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/to/tagordnung\\_kompakt.pdf](http://www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/to/tagordnung_kompakt.pdf)

44 <http://internet.vorratsdatenspeicherung.de/>

45 [http://www.bundesrat.de/cln\\_090/nn\\_8336/SharedDocs/Druksachen/2009/0001-0100/62-09\\_28B\\_29.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/62-09%28B%29.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_090/nn_8336/SharedDocs/Druksachen/2009/0001-0100/62-09_28B_29.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/62-09%28B%29.pdf)

46 <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1D-B1A121534F010EE1/Doc%7EE-E813AF7099EE49628DFDFA4326C8B8DB%7EATpl%7EEcommon%7EScontent.html>

41 [http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Urteil\\_VG\\_Wiesbaden\\_2009-02](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Urteil_VG_Wiesbaden_2009-02)

42 <http://verfassungsbeschwerde.vorratsdatenspeicherung.de/>

könne von Fernmeldegeheimnis und Meinungsfreiheit nicht mehr „frei und unzensiert“ Gebrauch gemacht werden“. Eine allgemeine Vorratsdatenspeicherung wecke in den Menschen „die berechtigte Sorge um die Wahrung ihrer Privatsphäre und die Furcht vor einem möglichen Missbrauch“. Die dauerhafte und die gesamte Bevölkerung betreffende Vorratsdatenspeicherung drohe die Unschuldsumutung „auszuhebeln“, erkläre die gesamte Bevölkerung zu potenziellen Straftätern und erscheine „exzessiv“. Die Erfassung aller Verbindungsdaten könne „nicht als vereinbar mit den Bestimmungen der Verfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention erachtet werden“.<sup>47</sup>

**Wie Rumänien hat auch Deutschland** die 2006 beschlossene EG-Richtlinie zur Vorratsspeicherung umgesetzt, derzufolge seit 2008 die Verbindungs-, Standort- und Internetzugangsdaten der gesamten Bevölkerung erfasst und für mindestens sechs Monate aufbewahrt werden. Nach Beschwerden von über 34.000 besorgten Bundesbürgerinnen und Bürgern<sup>48</sup> hat das Bundesverfassungsgericht für den 15. Dezember 2009 eine mündliche Verhandlung über das deutsche Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung anberaumt.<sup>49</sup>

„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesjustizministerin müssen jetzt auf das Gerichtsurteil reagieren, wonach die Vorratsdatenspeicherung gegen die auch in Deutschland geltende Menschenrechtskonvention verstößt“, fordert Patrick Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. „Deutschland muss die verdachtslose Protokollierung unseres Kommunikationsverhaltens sofort stoppen und eine Initiative zur Aufhebung der illegalen EG-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung einleiten. Es ist eines Rechtsstaats nicht würdig, dass die Bundesregierung die Hände in den Schoß legt, bis sie gerichtlich zum Handeln gezwungen wird. Dass die Vorratsdatenspeicherung uns permanent dem Risiko von Falschverdächtigungen und Datenskandalen aussetzt, kann nicht länger hingenommen werden.“

„Die Verfassungsorgane in Rumänien haben hier eindrucksvoll bewiesen, dass man aus der eigenen Geschichte gelernt hat, welche Gefahren Überwachungssysteme darstellen“, ergänzt Kai-Uwe Steffens vom Arbeitskreis. „Ausgerechnet in dem Jahr, in dem wir in Deutschland den sechzigsten Geburtstag unseres Grundgesetzes und zwanzig Jahre Mauerfall feiern durften, macht uns dieses Land nun vor, wie Grund- und Menschenrechte zu schützen sind. Die Bundesregierung muss entscheiden, ob sie diese wichtige Entscheidungsfindung aus den Hand

geben und nach Karlsruhe auslagern möchte, oder ob sie ihrem verfassungsmäßigen Auftrag nachkommt und die Vorratsdatenspeicherung wieder abschafft.“

## **14.12.2009: Bürgerrechtler informieren über Gerichtsverhandlung zur Vorratsdatenspeicherung**

+++ Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung veranstaltet Pressekonferenz, Fotoaktion, Infostände und Public Viewing in Karlsruhe +++ Übertragung auch in das Internet ++ + Bundesdatenschutzbeauftragter: Telekommunikationsunternehmen speichern illegal zu viel und zu lange auf Vorrat +++

**Am morgigen Dienstag verhandelt** das Bundesverfassungsgerichts über mehr als 34.000 Verfassungsbeschwerden gegen die 2007 beschlossene verdachtslose Erfassung der Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzung der gesamten Bevölkerung. Weil nur ein Bruchteil der vielen Beschwerdeführer/innen im Gerichtssaal Platz finden wird, informieren die im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung zusammen geschlossenen Bürgerrechtler, Datenschützer und Internetnutzer die Öffentlichkeit außerhalb des Gerichtssaals:

**Um 8.00 Uhr veranstaltet der Arbeitskreis in Karlsruhe** eine Pressekonferenz, auf der vor Gericht geladene Beschwerdeführer, Anwälte und Sachverständige die Auswirkungen der Vorratsdatenspeicherung auf die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche schildern werden. Außerdem wird in Karlsruhe ein Public Viewing-Informationsraum eingerichtet, in dem ab 10 Uhr ein Live-Bericht aus dem Gerichtssaal verfolgt werden kann. In der Karlsruher Fußgängerzone und vor dem Bundesverfassungsgericht werden Informations- und Proteststände angeboten. Wer nicht nach Karlsruhe reisen kann, kann die Pressekonferenz und die Live-Berichterstattung zur mündlichen Verhandlung im Internet verfolgen. Nähere Informationen zu den Veranstaltungen und Angeboten des Arbeitskreises finden sich auf der Homepage <http://verfassungsbeschwerde.vorratsdatenspeicherung.de>.

**Unterdessen ist ein Schreiben des Bundesdatenschutzbeauftragten** an das Verfassungsgericht vom 24. November bekannt geworden, dem zufolge Telekommunikationsunternehmen illegal noch weit mehr Informationen erfassen als im Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung vorgesehen.<sup>50</sup> Illegal erfasst würden Informationen über die Nutzung von Internet-Zugängen, Handys, Internet-Hotspots, E-Mail und Telefonanschlüssen. Von Nutzern mobiler Internetzugänge würde gar der jeweilige Standort „lückenlos erfasst“, so dass bei einem Anbieter das Bewegungsverhalten der Nutzer in den vergangenen sechs Monaten auf

47 <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/342/1/1ang.de/#Urteil>

48 <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/202/79/>

49 <http://verfassungsbeschwerde.vorratsdatenspeicherung.de/>

50 [http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/vb\\_bfdi\\_schreiben\\_2009-11-24\\_1-bvr-256-08.pdf](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/vb_bfdi_schreiben_2009-11-24_1-bvr-256-08.pdf)

15 Minuten genau „präzise nachzuverfolgen“ sei. Viele Anbieter bewahrten die sensiblen Daten über Kontakte, Bewegungen und Internetnutzung länger als sechs Monate auf. Zugriffe auf die hochsensiblen Kommunikationsdaten würden nicht protokolliert und seien dadurch nicht nachvollziehbar. Die richterlichen Zugriffserlaubnisse seien „recht häufig“ mangelhaft und benannten keine der gesetzlichen Katalogstraftaten.

**„Die Vorratsdatenspeicherung gewährleistet nicht die Sicherheit** unbescholtener Bürger, sondern gefährdet sie“, erklärt Florian Altherr vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. „Die Statistik zeigt, dass Straftaten mit Vorratsdatenspeicherung weder häufiger aufgeklärt noch verhindert werden als ohne Vorratsdatenspeicherung. Dagegen gefährdet die Vorratsdatenspeicherung Menschenleben, indem sie Straftätern, Kranken und Hilfsbedürftigen die Möglichkeit nimmt, sich anonym und ohne Furcht vor Nachteilen helfen zu lassen. So hat ein Schüler, der einen Amoklauf an seiner Schule plante, vor Beginn der Vorratsdatenspeicherung noch ohne Furcht vor Verhaftung die Telefonseelsorge anrufen können und konnte überzeugt werden, sein Vorhaben aufzugeben.“

**„Die Erfassung unserer Telefon-, Handy- und Internetnutzung stellt die größte, keineswegs aber die einzige Gefahr für unser Recht auf ein selbstbestimmtes und privates Leben dar“,** erklärt Rena Tangens vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung. „Auch die Surfprotokollierung durch das BSI, das zentrale Einkommensregister ELENA, die massenhafte Auslieferung von Überweisungsdaten an die USA und die jetzt geplante elektronische Akte über jeden Flugpassagier müssen gestoppt werden. Da die Politik trotz der regelmäßigen Nachhilfe aus Karlsruhe nicht willens und in der Lage ist, unsere Grundrechte zu achten, brauchen wir endlich eine Grundrechteagentur mit unabhängigen Verfassungsexperten, die - ähnlich dem Normenkontrollrat - die Legalität geplanter Schnüffellesetze schon im Entwurfsstadium begutachtet.“

## **15.12.2009: Gemeinsame Presseerklärung der Beschwerdeführer zur mündlichen Verhandlung vor dem BVerfG**

**Das Bundesverfassungsgericht verhandelt** am heutigen Tag über Verfassungsbeschwerden gegen die vom Deutschen Bundestag am 09.11.2007 beschlossene Pflicht zur verdachtslosen sechsmonatigen Erfassung von Verbindungs-, Standort- und Internetzugangsdaten der gesamten Bevölkerung (sog. „Vorratsdatenspeicherung“). Im Verfahren mit dem Aktenzeichen 1 BvR 256/08 hat Rechtsan-

walt Meinhard Starostik im Namen von acht Beschwerdeführern eine 150-seitige Verfassungsbeschwerdeschrift eingereicht; später hat er die Beschwerde im Namen weiterer 34.931 Bürgerinnen und Bürger erhoben (Az. 1 BvR 508/08). Im Verfahren mit dem Aktenzeichen 1 BvR 263/08 hat Rechtsanwalt Dr. Burkhard Hirsch im eigenen Namen und namens 13 weiterer Personen, darunter Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Otto Solms, Verfassungsbeschwerde erhoben. In den Verfahren mit den Aktenzeichen 1 BvR 586/08 und 2 BvE 1/08 hat Prof. Dr. Jens-Peter Schneider im Namen vieler Bundestagsabgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Verfassungsbeschwerde und Organklage eingereicht.

**Mit unseren Beschwerden wollen wir** die Aufhebung der Vorratsdatenspeicherung erreichen, weil diese Maßnahme vertrauliche Tätigkeiten und Kontakte in einer Informationsgesellschaft unzumutbar behindert und einen Präzedenzfall für eine uferlose Registrierung des alltäglichen Verhaltens unschuldiger und ungefährlicher Bürger ins Blaue hinein darstellt. Die gesamte Bevölkerung als potenzielle Rechtsbrecher zu betrachten und ihr Verhalten „auf Vorrat“ registrieren zu lassen, ist eines freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates nicht würdig.

**„Die Vorratsdatenspeicherung verletzt** das elementare Grundrecht auf informationelle Privatheit, also das Recht, sich in unserem Staat frei, ohne staatliche Überwachung und ohne Verdattung zu bewegen und zu kommunizieren, solange man nicht in einen konkreten Verdacht geraten ist“, bekräftigt Rechtsanwalt Dr. Burkhard Hirsch.

**„Nicht ohne Grund haben** gegen die Vorratsdatenspeicherung so viele Bürgerinnen und Bürger wie noch nie zuvor das Bundesverfassungsgericht angerufen“, erklärt Rechtsanwalt Meinhard Starostik. „Noch nie hat nämlich der Deutsche Bundestag so viele Informationen über das tägliche Verhalten der gesamten Bevölkerung erfassen lassen. Dass die Vorratsdatenspeicherung uns in dieser Weise permanent dem Risiko von Falschverdächtigungen, Missbrauch und Datenpannen aussetzt, kann nicht hingenommen werden.“

**„Die Vorratsdatenspeicherung ist ein Angriff** auf die Freiheitsrechte aller europäischen Bürger. Deshalb wäre es das Beste, wenn das Bundesverfassungsgericht mit einem klaren Wort gegen diese Politik der grundlosen Datenspeicherung den Fall dem Europäischen Gerichtshof vorlegte, damit die Datensammelwut nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa gestoppt wird“, so der Abgeordnete Jerzy Montag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

# Über den Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat) ist ein bundesweiter Zusammenschluss, der sich gegen die ausufernde Überwachung im Allgemeinen und gegen die Vollprotokollierung der Telekommunikation und anderer Verhaltensdaten im Besonderen einsetzt.

Mitglieder des Arbeitskreises sind einzelne Bürgerrechtler, Datenschützer und Internetnutzer, aber auch Verbände, Organisationen und Initiativen. Sie engagieren sich gegen die anlasslose Speicherung persönlicher Daten, für mehr Datenschutz, für das Recht auf Privatheit, für unbeobachtete Kommunikation und für den Respekt vor der Menschenwürde, besonders für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Sie informieren unter anderem bei verschiedensten Veranstaltungen durch Vorträge, Informationsmaterial und Kunstaktionen, organisieren friedliche Proteste und Lobby-Arbeit, und legen wenn nötig auch Verfassungsbeschwerden ein. Der Arbeitskreis arbeitet international mit vergleichbaren Initiativen und Vereinigungen zusammen.

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ist politisch unabhängig und überparteilich. Wir distanzieren uns ausdrücklich von menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Positionen.

## Unsere Forderungen

### 1. Überwachung abbauen

- Keine pauschale Registrierung aller Flugreisenden (PNR-Daten)
- Kein Informationsaustausch mit den USA und anderen Staaten ohne wirksamen Datenschutz
- Keine geheime Durchsuchung von Privatcomputern, weder online noch offline
- Keine pauschale Überwachung und Filterung von Internet-Kommunikation (geplantes EU-Telekom-Paket)
- Keine Finanzierung der Entwicklung neuer Überwachungstechniken
- Abschaffung der flächendeckenden Protokollierung der Kommunikation und unserer Standorte (Vorratsdatenspeicherung)
- Abschaffung der flächendeckenden Erhebung biometrischer Daten, sowie von RFID-Ausweisdokumenten
- Abschaffung der flächendeckenden Sammlung genetischer Daten
- Abschaffung von Video-Überwachung und automatischer Verhaltenserkennungssysteme

### 2. Evaluierung der bestehenden Überwachungsbefugnisse

Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller bestehenden Überwachungsbefugnisse im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und schädliche Nebenwirkungen.

### 3. Moratorium für neue Überwachungsbefugnisse

Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

### 4. Gewährleistung der Meinungsfreiheit und des freien Meinungs- und Informationsaustauschs über das Internet

- Verbot der Installation von Filtern in die Infrastruktur des Internet.
- Entfernung von Internet-Inhalten nur auf Anordnung unabhängiger und unparteiischer Richter.
- Einführung eines uneingeschränkten Zitierrechts für Multimedia-Inhalte, das heute unverzichtbar für die öffentliche Debatte in Demokratien ist.
- Schutz von Plattformen zur freien Meinungsäußerung im Internet (partizipatorische Websites, Foren, Kommentare in Blogs), die heute durch unzureichende Gesetze bedroht sind, welche Selbstzensur begünstigen (abschreckende Wirkung).

*(aus dem Aufruf zur Demo "Freiheit statt Angst")*

## Internet-Homepage

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

## Fotos

Fotos von Aktionen des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung, die Sie frei verwenden können, finden Sie im Internet unter [http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Aktuelle\\_Fotos](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Aktuelle_Fotos)

## Ansprechpartner/innen für Presseanfragen

Per E-Mail: [presse@vorratsdatenspeicherung.de](mailto:presse@vorratsdatenspeicherung.de)

Am 02.03.2010 sind telefonisch die folgenden Ansprechpartner/innen zu erreichen. Die Ansprechpartner vor Ort stehen auch für Interviews zur Verfügung:

- Frau Suat Kasem (ist vor Ort in Karlsruhe), Mobil: 0176 / 62 03 84 56
- Herr Florian Altherr (ist vor Ort in Karlsruhe), Mobil: 0179 / 97 63 233
- Herr Werner Hülsmann (ist vor Ort in Karlsruhe), Mobil: 0177 / 28 28 681
- Herr padeluun (ist vor Ort in Karlsruhe), Mobil: 0151 / 59 90 59 89
- Frau Sandra Mamitzsch, Ingolstadt, Mobil: 0160 / 60 07 990
- Herr Kai-Uwe Steffens, Hamburg, Mobil: 0160 / 94 84 79 38
- Herr Florian Glatzner, Bielefeld, Tel. 0521 / 17 52 54
- Herr Jonas Breyer, Frankfurt am Main, Mobil: 0176 / 65 19 45 08
- Frau Rena Tangens, Bielefeld, Tel. 0521 / 17 52 54
- Herr Markus Beckedahl, Berlin, Mobil: 0177 / 75 03 541
- Herr Ralf Bendrath (steht auf der CeBIT Hannover zur Verfügung): 0179 / 21 54 614
- Herr Patrick Breyer (ab 16 Uhr): 01578 / 23 86 172

